

Edition  
an allen Verlagen  
Bezugspreis  
in den Geschäftsstellen 250.—  
in den Ausgabestellen 260.—  
durch Zeitungsboten 300.—  
am Botani 275.—  
im Ausland 2 deutsche Mark  
Bemühter 4240, 2278.  
8110, 3249

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniedrigung oder Auskündigung bei der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugshreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

U. getrennt  
S. d. Grundsatzzeitung im  
Innerhalb Polens 40.— M  
Außenland 350.— M  
im Ausland 10.— M  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Czeka Konto für Polen: P. C. O. Nr. 200283 in Poznań

## Das Verhältnis des Völkerbundes zu Deutschland.

Der Völkerbund zählt Deutschland bisher nicht zu seinen Mitgliedern, weil Deutschland aus Rücksicht auf den Widerspruch der französischen Regierung es überhaupt vermieden hat, sich zum Eintritt in den Bund zu melden; als die erste allgemeine Versammlung des Völkerbundes gegen Ende 1920 in Genf zusammenkam, wurde von neutraler Seite der Wunsch nach der Annahme der Neutralitätsgrundsätze geäußert, aber der französische Vertreter Vinat schied sofort alle intimen Vermittlungsversuche ab, indem er sich offen gegen den Eintritt Deutschlands erklärte, der keineswegs beantragt war; der damalige deutsche Außenminister Dr. Simons hatte ausdrücklich erklärt, daß der Eintritt Deutschlands ein vorheriger Einverstandnis mit Frankreich zur Voraussetzung haben müsse. Während der zweiten öffentlichen Tagung des Völkerbundes im letzten September wurden Österreich und Bulgarien als Mitglieder aufgenommen; Deutschland hatte sich nicht angemeldet, aber seine Abwesenheit wurde von den meisten Abordnungen also um so ungerechter empfunden, als der hohe Rat der Entente eben erst die Verantwortung für die Herstellung des öberschlesischen Industriegebiets an den Völkerbundsrat abgewälzt hatte, um einen offenen Konflikt zwischen Frankreich und England zu vermeiden; es wurde damals in Genf nicht nur von neutraler Seite auf Frankreich eingewirkt, verschiedene Vertreter von Großmächten der Entente waren sogar ihre Unterstützung und Vermittlung an als Frankreich aus seinem Widerstand gegen die Aufnahme Deutschlands verzichten wollte. Man erinnert sich, daß der damalige Vertreter Frankreichs, Noblemare, wenn auch in weniger schroffer Weise als Viviani, in öffentlicher Verhandlung den Widerspruch Frankreichs einerneut. Nun hätte der Regierung Deutschland in diesem Augenblick gewiß keinen Vorwurf daraus machen können, wenn sie ihren Willen befunden hätte, angesichts der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien ebenso im Völkerbund vertreten zu sein wie Frankreich und Polen; in Berlin wollte man jedoch keinen diplomatischen Konflikt mit Frankreich hervorrufen. Seitdem haben sich die Dinge so entwickelt, daß der Völkerbund für 15 Jahre die Autonomie über die Verwaltung Oberschlesiens erhält, daß also eine neue Gemeinschaft von Interessen geschaffen wird, daß aber Deutschland trotzdem, im Gegensatz zu Frankreich und Polen, von jedem Einfluß auf den Völkerbund ausgeschlossen bleibt.

Wird man sich endlich in Paris Rechenschaft darüber ablegen, daß der Völkerbund an Ansehen und Bedeutung vollständig verloren hat, wenn er nur ein untergeordnetes Instrument zur Ausbeutung der westlichen Bevölkerungen des Vercors zum einseitigen Vorteil der französischen Gruppe im Bunde bleiben soll? Auf der Konferenz der Entente-Mächte in Cannes ist mit geradezu elementarem Gewalt das Bewußtsein durchbrochen, daß die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Absperzung des Völkerbundes endlich bereitigt werden muß, wenn Europa noch gerettet werden soll; es ist auch gewiß, daß der Völkerbund berufen werden dürfte, eine tätige Rolle bei dem australischen Wiederaufbau zu spielen, denn er hat bereits wertvolle Vorarbeiten zur Lösung dieser wirtschaftlichen Weltprobleme geleistet. Es ist deshalb heute schon für den Bunde eine Existenzfrage geworden, ob er die ihm zulässigen Aufgaben überhaupt lösen kann, wenn er immer nur an die einseitige Verpflichtung gebunden wird, den Versailler Vertrag zum Vorteile einer kleinen Mächtigruppe durchzuführen. Wenn die in Cannes beschlossene Weltkonferenz zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zustande kommt, so würde der Völkerbund seine Existenzberechtigung verlieren, falls er Deutschland lediglich deshalb ausschließen wollte, weil er durch den Versailler Vertrag zu der unfaulhaften Aufgabe erniedrigt wurde, die französischen Sonderinteressen im Saargebiet und Oberschlesien zu schützen.

### Die nächste Sitzung des Völkerbundes.

Genf, 18. Januar. Der Völkerbundrat, der wegen der Versäße in Paris die gegenwärtige Sitzungsperiode früher als vorgesehen war, schon am 14. Januar beendet hat, wird voraussichtlich erst am 25. April wieder zusammentreten. Eine ganze Reihe unerledigter Punkte der Tagesordnung mußte bis zur nächsten Sitzung verschoben werden.

### Die neue französische Regierung.

#### Die erste Sitzung des Kabinetts Poincaré.

Paris, 18. Januar. Unter Vorsitz des Präsidenten der Republik Herrn Millerand, stand gestern die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Poincaré berichtete über die Konferenz in Genua und über seine Vereinbarungen mit Lloyd George und Curzon, dem Finanzminister und dem Staatssekretär für Finanzen.

#### Marshall Petain im Kriegsministerium.

Paris, 19. Januar. Auf Wunsch Poincarés wird Marshall Petain im Kriegsministerium mitarbeiten, bleibt jedoch zugleich Generalstabschef der französischen Armee.

### Um den Vertrag von Lausanne.

Wien, 18. Januar. Die Nationalpartei erklärte sich endgültig gegen die Ratifizierung des tschechisch-österreichischen Vertrages in Lausanne. Die Partei beschloß, ihre Vertreter im Kabinett abzuberufen; die Sozialisten und die vereinigten christlichen Parteien, welche die Mehrheit im österreichischen Parlament darstellen, erklärten sich für die Ratifizierung des Vertrages.

## Die Zusammensetzung des Wilnaer Sejms.

Wilna, 18. Januar. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zum Wilnaer Sejm ist von großem Interesse. Nach der polnischen Gruppierung ist die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien folgende: Das Zentrale Wahlkomitee hat 45 Mandate, der Völkerbund 24 Mandate, die Politisch loyalistische Volkspartei 12 Mandate, die Demokratische Partei 7 Mandate, demokratische Gruppe 6 und die Sozialisten 2 Mandate. Natürlich können im leichten Augenblick noch weitere Überlappungen und Umgruppierungen in den einzelnen Parteien erfolgen, da nicht alle die auf das gegebene Programm kandidierten in den Gewässern verbleben werden, von denen sie gewählt wurden. Nicht genügend geklärt ist auch der Standpunkt, der in Krakau und Warschau gewählt wurden. Kandidaten, die auf die Blockliste kandidieren, Sejmsexpedit wird der Bischof Hryniewicz sein, dem höchstwahrscheinlich die Gründung der ersten Sejmssitzung obliegt wird. Das jüngste Mitglied wird ein aus den Wiedergeborenen stammender Student sein, der den Krakauer Kreis vertritt. Nach den Berichten gliedert sich der Sejm folgendermaßen:

8 Geistliche, 47 Landwirte, 9 Journalisten und Schriftsteller, 1 Kaufmann, 5 Lehrer, 1 Militär, 1 Wundarzt, 1 Apotheker, 2 Beamte, 2 Ärzte, 6 Rechtsanwälte, 2 Municipalbeamte, 1 Industrieller, 3 Eisenbahner, 2 technische Angestellte, 3 Staatsbeamte, 1 Bauernsöldner, 1 Richter, 2 Beamte der Selbstverwaltung, 1 Handwerker, 1 Geometer, 1 Beamter, 1 Student, 1 Mitglied ohne Beruf. Fast die Hälfte des Sejms, fast 1/3, stammt aus Ländleuten zusammen, mit wenigen Ausnahmen aus Bauern der Rest besteht aus allen Berufen und Ständen. Man kann sich behaupten, daß im Wilnaer Sejm alle Schichten der Gesellschaft vertreten sind. Die Eröffnung des Sejms ist endgültig auf den 1. Februar festgesetzt.

Ur Vorbereitung des normendigen statistischen Materials für die Arbeiten des Sejms wurde auf Einladung des Präsidenten der Regierung ein besonderer Lehrausschuss gebildet der sich aus 10 Professoren der breslauer Universität und den Herren Malinowski, Studnicki und dem Vertreter des Regierungsausschusses Oberst Borowski zusammensetzt. Zum Präsidenten des Lehrausschusses wurde der Dekan der juristischen Fakultät Warszawski gewählt.

#### Der künftige Vorsitzende des Wilnaer Sejms.

Die Vorbereitungen zur Einberufung des Wilnaer Sejms sind unter Leitung des Obersten Borowskis im vollem Gange. Als zukünftiger Präsident des Wilnaer Sejms wird in Wilnaer polnischen Kreisen Jan Pilsudski genannt, ein Bruder des Staatschefs Józef Pilsudski. Bekanntlich stammt die Familie Pilsudski aus der Wilnaer Gegend.

Der polnische Gesandte in Paris Graf Zamostski, der in diesen Tagen in Warschau weilte, hat sich heute auf Beschluss des Warschauer Ministerates nach Wilna begeben, um sich vor seiner

Rückreise nach Paris zur besseren Berichterstattung über die dortigen Zustände zu orientieren.

#### Nichtanerkennung der Wilnaer Wahlen?

Einer Druckmeldung aus Genf zu folge soll der Völkerbundrat zu dem Beschuß gekommen sein, die von Polen veranstalteten Sejmswahlen im Wilnaer Gebiet nicht anzuerkennen. Der Rat habe beschlossen, unter Voraussetzung des Einverständnisses der polnischen und litauischen Regierung, einen Vertreter zur Auflösung neuer Verhandlungen nach Mittelitalien zu entsenden. Innerhalb zehn Tagen sollen beide Regierungen sich zu diesem Vorschlag äußern.

Da diese Meldung auch von litauischer amtlicher Seite bestätigt wird, ist damit zu rechnen, daß sie den Tatsachen entspricht. Polen dürfte dieser Beschuß nicht ganz unerwartet kommen, denn bereits Berlin hat Ende Dezember die polnische Regierung in einem vertraulichen Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß der internationale Charakter der Wilnaer Frage nicht übersehen werden sollte.

Die litauische Regierung hat ebenso wie die österr. Berichterstattungen der weißruthenischen Bevölkerung in Mittelitalien von Anfang an keinen Zweck darin gesehen, daß sie die Sejmwohler nicht als eine Ausübung des wahren Willens der Bevölkerung anerkennen könne. Auch die polnische Presse hat nach dem 8. Januar angeben müssen, daß Litauer und Weißruthen sich nur in ganz verschwindendem Maße an den Wahlen beteiligt hätten.

Angesichts dieser Tatsachen könnte der Völkerbundrat, wenn er gerecht entscheiden wollte, die Sejmswahlen nicht anerkennt. Da er bei der verwirklichten Situation im Wilnaer Gebiet einen Machtspruch nach der einen oder der anderen Richtung am vermeiden wollte, schon allein, deshalb, weil er unter Umständen gar nicht in der Lage gewesen wäre, diesem Machtspruch auch Haltung zu verschaffen, so hat er nach abwehrhafter Taktik eine Entscheidung nicht gefällt, sondern versucht, beide Parteien nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint die litauische Regierung zu neuen Verhandlungen unter Vorsitz eines Vertreters des Völkerbundes bereit zu sein. Abgesehen hat sie es dagegen, eine provisorische Delegationsslinie, wie sie u. a. vom Völkerbund angeregt wurde, zu ziehen. Ob die polnische Regierung sich ohne weiteres zur Aufnahme neuer Verhandlungen bereitfindet, ist die Frage, da der polnische Sejm in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkt steht, daß Polen unter gar keinen Umständen das Wilnaer Gebiet herausnehmen dürfe.

Tonnen und seine Wälder. Frankreich braucht zu seiner Sicherheit nicht nur das linke Rheinufer, sondern noch 50 km auf dem rechten Rheinufer. Es braucht deshalb keine militärischen Besetzungen stattzufinden, sondern der Rhein und das Ruhrgebiet können neutralisiert bzw. in ein Protektorat umgewandelt werden. Die Zukunft Frankreichs hängt von seiner augenblicklichen kontinentalen Politik ab. Frankreich habe die Maschinerie, um seine diese Politik zu betreiben.

### Zur Konferenz in Genua.

Paris, 18. Januar. Nach dem "Petit Journal" wird V. Lloyd George an der Konferenz in Genua teilnehmen. Er wird begleitet werden von dem Finanzminister Sir Robert Horne, ferner von Sir Basil Blackett und einer ganzen Legion Beamtenpersonal. V. Lloyd George beabsichtigt, zwei Wochen in Genua zu bleiben. Alle europäischen Staaten in der Zahl von 25 erhalten die Einladung zur Konferenz. Auch die Vereinigten Staaten Nordamerikas und die Republik Südamerikas sollen eingeladen werden. Die Zahl der Delegierten einschließlich des Hilfspersonals für die Konferenz in Genua wird gegen 1000 Personen betragen. "Exchange Telegraph" teilt mit, daß die Vereinigten Staaten gegenüber der italienischen Regierung ihr Einverständnis erlangt haben, an der Konferenz teilzunehmen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Frage der Entschuldungen an die Vereinigten Staaten nicht berührt wird.

#### Der wichtigste Punkt des Programms.

London, 18. Januar. Nach der "Daily Mail" wird einer der Hauptpunkte der Verhandlungspunkte auf der Konferenz in Genua die Herauslösung der deutschen Delegation aus der Konferenz. Die Delegation ist zu erwarten, daß die Grundlagen dieser Denkschrift schon am Mittwoch im Auswärtigen Amt bekanntgegeben werden.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß zur Deckung der Verpflichtungen eine Inlands- oder Auslandsanleihe notwendig sein wird, zu deren Verzinsung und Tilgung die Industrie zwangsweise herangezogen werden muß. Bereits in Cannes hat die deutsche Delegation keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland nie in der Lage sein wird, in diesem Jahr alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark zu zahlen. Die Wirkung des guten Eindrucks, den die deutsche Delegation in Cannes hinterlassen hatte und insbesondere die Wirkungen der Rede Rathenaus verspricht man sich erst von der Konferenz in Genua. Auch über diese Konferenz haben mit deutschen Delegierten in Cannes Vorbesprechungen stattgefunden. Es fand ein Gedankenaustausch darüber statt, wie man sich den Aufbau der Oststaaten denke.

Die Schwierigkeiten bei der Erledigung und Beantwortung der Bedingungen der Reparationskommission liegen darin, daß man von Deutschland seitens Angaben darüber verlangt, was es zu leisten imstande ist. Selbstverständlich werden solche Angaben nur in beschränktem Umfang möglich sein, zumal die Veränderungen der Wirtschaftslage sich nicht voraussehen lassen und besonders kein Überblick darüber möglich ist, wie sich die deutschen Produktions- und Absatzverhältnisse bei einem fortwährenden Abbau der Lebensmittelzuschüsse und bei der dadurch gefestigten Erhöhung der Gestehungskosten der Industrie gestalten werden.

#### Die ersten 31 Millionen Goldmark.

Aus Berlin wird gemeldet: Die 31 Millionen Goldmark, die nach Vorschrift der Reparationskommission am 18. Januar von Deutschland bezahlt werden sollten, wurden bereits der Kommission übergeben.

**Frankreich nimmt die Einladung an.**

Berlin, 18. Januar. Das Reichskabinett hat gestern die italienische Regierung durch den deutschen Botschafter in Rom benachrichtigt, daß es die Einladung nach Genua annimmt. In Regierungskreisen wird angenommen, daß Dr. Wirth den Vorsitz der Delegation übernehmen wird.

#### Die Tschechoslowakei.

Prag, 18. Januar. Die tschechoslowakische Regierung hat gestern eine offizielle Einladung auf die Konferenz in Genua erhalten. Im Außenministerium ist eine Kommission gebildet worden, welche das

#### Französische Chanvinistepläne.

London, 17. Januar. (Tel.-L.) Im Pall Mall and Gloucester führt der frühere Sekretär Clemenceau Mabel. Wenn Deutschland nicht in der Lage ist, nicht gewillt ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, so müßte es gezwungen werden, den Franzosen seine Bahnen und Staatsanleihen im Rheinlande und im Saargebiet zu übertragen, außerdem seine Handelsflotte etwa 200 000

Materiel zu dieser Konferenz fertiggestellt. In dieser Kommission befinden sich Vertreter des Außenministeriums; auch sind wirtschaftliche und Finanzkreise vertreten.

### Rußlands Teilnahme.

**Moskau.** 18. Januar. Es bestätigt sich die Nachricht, daß Lenin in keinem Falle nach Genua reisen wird. Für die russische Delegation sollen sich an Lenins Stelle Joffe und Kálowitsch zur Konferenz begeben. Unbekannt ist noch, wer Präsident dieser Delegation sein wird. Der Ausschuss, dem man die Bearbeitung des Arbeitsprogramms dieser Delegation übertrug, ist der Ansicht, daß man die Hauptarbeiten dieser Delegation mit den Arbeiten der deutschen Delegation zusammenfassen sollte, um auf diese Weise ein Gegengewicht zur Sowjetunion, insbesondere zu Frankreich zu schaffen.

### "Tempo" über die Konferenz.

**Paris.** 17. Januar. Der "Tempo", der die Konferenz in Genua bespricht, schreibt: Um die Hindernisse, welche die Konferenz in Genua unmöglich machen könnten, zu beseitigen und das beschäftigte Ziel zu erreichen, müßte die Sowjetregierung sich an die Entscheidung der Konferenz in Cannes gebunden fühlen, die Mächte dagegen, welche in Genua vertreten sein werden, sollten die Forderungen aufstellen, daß die Sowjetregierung die eingegangenen Verpflichtungen erfülle. Auf diese Weise werden unter anderem alle jene Staaten Garantien erhalten, die an Russland grenzen und die gezielte Handelsbeziehungen mit Russland anzusäumen wünschen. Wenn dagegen die Entscheidung der Konferenz in Cannes auf der Konferenz in Genua in Frage gestellt werden könnte, so würde die Konferenz in Genua ziellos und unfruchtbare sein. Die aus dieser Konferenz vertretenen Mächte sollten ihre Zeit nicht in Gedanken mit der Sowjetregierung vertrödeln und diesen es nicht gelassen, daß die Sowjets gewisse Absichten verfolgen. Das jedoch Frankreich fordert, so schreibt "Tempo", ist die Möglichkeit einer erfolgreichen Arbeit für das allgemeine Wohl. Richtig ist, daß einerseits die Konferenzen, welche in der Zwischenzeit beraten, nicht den Vertrag verleben, wie dieser in Cannes beschlossen wurde, andererseits aber, daß die sechs in Cannes angewommnen Artikel die unvergleichliche Grundlage der Konferenz in Genua bilden müssen.

### England zum Auslieferungsverlangen.

**London.** 17. Januar. Zu dem Vorschlag der Kommission der neutralisierten Fürster, die deutsche Regierung zu ersuchen, die deutschen Kriegsbeschuldigten zur Aburteilung auszuliefern, schreibt "Daily Express": Dieser Beschluss sei überraschend. Im Unterhause sei zu Anfang des Sommers erklärt worden, die Leipziger Verfahren seien nicht ganz und niedrigend gewesen.

"Daily Chronicle" sagt, wenn der Oberste Rat dem Vorschlag der Kommission stattgeben würde, so würden erneut Schwierigkeiten entstehen. Die Alliierten hätten die Verfahren in Leipzig stattfinden lassen, da die Auslieferung der Beschuldigten eine physische Unmöglichkeit bedeutet hätte. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche Regierung dazu bereit sei in der Lage sei. Die Nachteile Deutschland in ein Chaos zu stürzen seien heute genau so groß wie damals. Währing selbst milde Urteile des deutschen obersten Gerichts eine "moralische Wirkung" auf die Deutschen hätten, sei dies bei Urteilen der Alliierten nicht der Fall.

### Die Regelung des Zahlungsmittelumlaufes in Oberschlesien.

**Berlin.** 18. Januar. (Tel.-Bu.) Die Beibehaltung der deutschen Währungsgrundlage für das am Polen abgetretene oberschlesische Gebiet führt, wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, in der seiner Zeit getroffenen Bestimmung, die deutsche Währung in Oberschlesien als gesetzliches Zahlungsmittel beizubehalten zu müssen, einen rechtsgültigen Anspruch darauf, daß die Reichsbank verpflichtet sei, ihre in Katowitz befindliche Filiale beizustellen zu lassen.

Ihre Forderungen gehen sogar noch weiter, indem sie verlangen, daß die Nationalen Reichsbankfiliale mit einer von Polen in Oberschlesien zu errichtenden Bank in Giroverkehr treten müsse und daß der Nationalen Reichsbankfiliale ein polnischer Kontrollbeamter beigegeben wäre. Demgegenüber haben sich die deutschen Unterhändler auf den Standpunkt gestellt, daß die Reichsbankfrage überhaupt nicht im Rahmen des Wirtschaftsabkommen, sondern in direkten Verhandlungen zwischen Polen und der Reichsbank zu erledigen wäre. Dieser Auffassung haben sich die polnischen Unterhändler nur sehr schwer und nach verschiedenen Winkelzügen gefügt. Nach Auffassung der Reichsbank soll die deutsche Währung in Oberschlesien nicht durch eine Reichsbankfiliale, sondern durch die Filiale der Bank in Katowitz und Abhängigkeit durch Übergabe der benötigten Zahlungsmittel gewährleistet werden. Wie wir hören, befinden sich die Verhandlungen mit den Banken unmittelbar vor dem Abschluß.

### Das Geheimnis vom Brintherhof.

Roman von Erich Ebenstein.

Ueberberich 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 20.

(37. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt).

Mit Toni stand er auf einem seltsamen Fuße. Es war, als sei seit jener Aussprache, da sie einander so unvermittelt nahegetreten waren, wieder eine plötzliche Entfremdung eingetreten.

Wie auf Verabredung wichen sie einander aus, und wenn sie der Wirtschaft wegen etwas zu sprechen hatten, was beinahe täglich vorkam, so geschah es in einer schauen hastigen Weise, wobei beide vermieden, sich anzusehen.

Dennoch fielen Worte, die wie warmer Tau in Tonis vereinsamtes Herz sanken.

Wenn Basil ihr zum Beispiel, ehe er fortfuhr, kurz mitteilte, welche Arbeiten er den Knechten für heute aufgetragen hatte, dann sah er regelmäßig hinzufügeln: "Gelt, schaust halt ein bissel nach, daß alles in Ordnung geschieht! Auf Dich kann ich mich verlassen!"

Oder die Kinder erzählten ihm, was sie tagsüber geschrieben, wo Toni mit ihnen gewesen, was sie ihnen erzählte habe usw. Dann strich er dem blonden Grelein wohl mit einem weichen Lächeln über das Köpfchen und sagte:

"Ja, die Toni-Tant hält! Wel der geht's Euch freilich gut!" So eine liebe Tant möchte ich wohl selber auch gleich haben!"

Dann war es Toni immer so wunderlich stolz zumut, als hätte ihr einer insgeheim einen Orden an die Brust gehestet.

Sie betete nicht mehr um Nachs für den ungetreuen Geschäftsführer der "Sonne". Sie grüßte nicht mehr mit Andres, dem sie "alles das verdankte", sie fühlte sich auch nicht mehr vereinsamt.

Die Liebe der Kinder, die sie sich wie von selbst erhobt hatte, goss Sonne in ihr Leben, und die verantwort-

### Englisch-italienischer Notenwechsel über den Garantievertrag.

**Rom.** 18. Januar. (Telunion.) Der "Corriere della Serra" veröffentlicht zwei Noten die in der Frage des Garantievertrages zwischen der italienischen und der englischen Delegation gewechselt wurden. Ihr Inhalt ist folgender: Die italienische Delegation erinnert daran, daß die Konferenz von Cannes einberufen wurde, um über die deutschen Vergütungen und den Wiederaufbau Europas zu handeln. In beiden Punkten habe Italien ohne Rücksicht auf seine besonderen Interessen den politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten in weitestem Maße Rechnung getragen. Die italienische Delegation sei überzeugt, daß der geplante Garantievertrag den Frieden unter ungeschwächter Fortdauer des gegenwärtigen Einvernehmens unter den Hauptmächten zu bringen wird. Es könne sich aber die Bevölkerung nicht versagen, daß ein Vertrag, der alle an der Konferenz teilnehmenden Mächte einbeziehe, beiden Zielen w. i. besser und wirksamer entsprechen würde. Die italienische Delegation nimmt gleichwohl die Absicht der englischen Regierung zur Kenntnis, in der Konferenz von Genua, die mit Frankreich vereinbarten Sicherungen zu einem europäischen System zu erweitern. — Die englische Antwortnote beleuchtet die unmittelbaren Ursachen, denen der Vertragsentwurf sein Entstehen verdankt. Frankreich und England befinden sich einem feindlichen Deutschland gegenüber in gleicher Fahrtrichtung. Italien hingegen sei dank dem Wall seiner natürlichen Grenzen in unvergleichlich besserer Lage. Immerhin bietet Großbritannien dem verbündeten Italien seiner nie verliegneten traditionellen Freundschaft gemäß eine Mitarbeit an der Schaffung eines europäischen Sicherungssystems an, in dem der Weltfrieden am zweckmäßigsten sichergestellt werden soll. Die Konferenz von Genua sollte diesem Zweck, und Deutschland und Russland werden sich damit wohl einverstanden erklären.

### Die Pakonferenz der Nachfolgestaaten.

**Graz.** 18. Januar. Die Delegierten, welche am ersten Pakonferenz der Nachfolgestaaten eintrafen verksammen sich am Dienstag um 4 Uhr nachmittag. Außer den Vertretern Österreichs waren auch Vertreter Polens, Italiens, Südtiroliens und der Tschechoslowakei anwesend. Der Delegierte der rumänischen Regierung ist bisher noch nicht eingetroffen. Herausgestellt werden zwei Fragen: 21. Oktober 1920 über die Pako- und Visumangelegenheiten und die Prüfung der Erleichterungen auf diesem Gebiete durchzuführen. Die Beratungen der Konferenz haben am 18. d. M. 10 Uhr früh begonnen.

### Sowjetrußland.

#### Pressefreiheit.

**Wien.** 19. Januar. Aus Moskau wird gemeldet, daß der Rat der Volkskommissare ein Dekret erlassen hat, durch das die Pressefreiheit eingeführt wird. Es dürfen Blätter aller Richtungen erscheinen. Sie bedürfen keiner Genehmigung, sondern müssen nur zur Registrierung angemeldet werden. In besonderen Fällen steht dem Rat der Volkskommissare das Recht zu, eine Präventivzensur anzuordnen.

### Das Programm der Sowjetregierung für Genua.

**London.** 19. Januar. Aus Riga wird gemeldet: Die Sonderregierung beschließt, der Konferenz in Genua folgendes Programm vorzulegen: Zahlung der russischen Schulden Rückgabe der Handelswaren an Russland, die in die Hände von Denitin, Judentich und Wrangel fielen, Rückgabe Osttiens, wirtschaftlicher Wiederaufbau Russlands, Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande. Dem Vernehmen nach werden Tschitcherin und Lunacharski die Vertreter der Sowjetregierung in Genua sein.

### Die öffentliche Meinung über die Konferenz in Genua.

**Moskau.** 19. Januar. In Moskauer Regierungskreisen steht man der Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua skeptisch gegenüber. Man hält die Einladung für einen neuen Versuch den

Einfluss der Sowjetunion in Russland zu nutzen und wirtschaftlich in das Leben Russlands einzutreten. Nach Ansicht dieser Kreise wird Lenin unter keinen Umständen persönlich nach Genua reisen, da das sicherlich von den Ent-kommunisten mit Bucharin und Ignatow für ihre Zwecke ausgenutzt werden würde und ernste Schwierigkeiten nach sich ziehen könnte.

### Eine Nede Trotski.

**Moskau.** 19. Januar. Am Montag abend fand eine feierliche Sitzung des Moskauer Rates der Berufsverbände und von Vertretern der Moskauer Besatzung im großen Theater anlässlich einer Überreichung von Standarten an Militärabteilungen statt. Trotski hielt eine große Rede über die internationale Lage und die Aufgaben des Heeres. Zu Anfang seiner Rede sprach er über die Unbeständigkeit der internationalen Lage und den Mangels an Gleichgewicht. Der Schwerpunkt der Welt änderte sich. Während der Konferenz in Versailles schien es, als ob Paris die Punkt wäre. Das war jedoch eine Täuschung. Als dann tauchte London an erster Stelle auf. Dann versammelte man sich in Washington, um das Gleichgewicht der Welt zu retten und die Streitfragen im Stillen Ozean zu beseitigen. Briand wollte dort gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Amerika zugunsten Frankreichs ausnutzen, aber es ist ihm nicht gelungen. Zuletzt hatte es den Anschein, als ob der wesentliche Schwerpunkt in dem prächtigen Genua liegen sollte, wohin wir wahrscheinlich fahren werden, falls man uns einlädt. Der Rücktritt Briands hat wiederum die internationale Lage komplizierter gestaltet. Er steht mit der Einladung Sowjetrußlands zu der Konferenz im Zusammenhang. Es hat sich gezeigt, daß das Gleichgewicht Russlands gegenüber den anderen Regierungen, welche schon in ihrer Politik schwanken, dauerhafter ist. Trotski versicherte, daß die Regierung Tadeusz Joneski seit dem Augenblick der Einladung Russlands zu der Konferenz hin sehr schwankt; denn er weiß es ganz genau, daß er den einzigen günstigen Augenblick mit Russland zu Seiten seiner Schwäche Verhandlungen anzufüllen hat, um vorübergehend lassen, ein Augenblick, der nicht mehr wiederkehrt. Auf die internationale Lage wieder zurück kommend, sprach Trotski weiter: "Briand hat sich entschlossen, nach hinten zu neigen. Was können wir vom morgigen Tag erwarten? Es gibt zwei Annahmen: Entweder werden die weiteren diplomatischen Kämpfe in Frankreich mit einem Misserfolg enden und das französische Parlament auf dem von Lloyd George vorgeschriebenen Wege marschiert — dann werden wir noch Genua kommen — oder aber es wird eine grundsätzliche Änderung in der Politik Frankreichs erfolgen und der Gedanke wieder auftreten, in Sowjetrußland zu intervenieren. Das wäre eine Lösung, die niemand bei uns haben will, die aber ebenso wahrscheinlich ist wie die erste Annahme. Wir beunruhigen uns hier über eine Lösung, welche sicherlich erfolgen wird, aber noch mehr ist man in Budapest und in Warschau beunruhigt. Auch in Finnland, welches heute mit uns in Karelien Krieg führt, ist man nicht frei von Unruhe. Finnland hat sich an den Völkerbund um Hilfe gewandt. Was ist denn dieser Völkerbund? Es ist ein ausgemalter chinesischer Drache, dessen eine Seite die Macht, die andere das Recht darstellen soll. In Wirklichkeit aber ist der Völkerbund nur der Schatten der allgemeinen Faust des Obersten Rates. Wir haben den Obersten Rat anerkannt, weil eine Faust immer eine Faust bleibt, unabhängig davon, wie sie sich im internationalen Recht nennt." Dann sprach Trotski von den Bedürfnissen des Heeres und betonte, daß das Heer das Mittel und Werkzeug der bolschewistischen Politik sein müsse. Vor und nach der Rede Trotski wurde die Ohmke der Internationale gespielt. Auf der Sitzung waren diplomatische Vertreter anwesend.

### Politische Tagesneuigkeiten.

**Der Aufstand der Neuwahlen in England.** Die meisten Blätter nehmen gleich dem "Daily Chronicle" wieder in der Frage der Neuwahlen eine andere Haltung ein. Daß alle warnen vor Neuwahlen in diesem Augenblick. Auch der Führer der extremen Konservativen, Lord Derby, erklärte sich in einer Verfassung von Unionisten in Manchester für eine Hinausschiebung von Neuwahlen. Lord Derby würde es gern sehen, wenn Lloyd George angesichts der vielen noch schwelbenden Fragen ein Vertrauensvotum vom Unterhaus verlangen würde.

**Die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Frankreich.** Zu den durch verschiedene Meldungen bestätigten Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Frankreich verlaufen in Warschau gutunterrichteten Kreisen, daß diese Verhandlungen russischerseits durch Stoboleff geführt werden. Stoboleff ist nicht Kommunist, sondern gehört den Menschiniti an und war unter Berenzatschitsch Minister. Auch daß die polnische Regierung zwischen Frankreich und Sowjetrußland die Vermittlung übernommen hat, wird von gutunterrichteter Seite bestätigt. Das Eintreffen einer sowjetrussischen Delegation in Paris soll in Kürze bevorstehen. In sowjetrussischen Kreisen Warschaus mißt man den

Sache stünde schlimm. Der Kronen-Lipp bleibt bei seinen Behauptungen, die Volksstimme hält fester als je daran, daß sie's getan haben müssen, und zu ihrer Entlastung ist nichts da, als der gute Glaube einiger weniger Verstärkung.

Schweigen folgte diesen Worten.

(Fortsetzung folgt.)

### Kunst, Wissenschaft, Literatur.

**Die Erstaufführung des "Parfisa" in der Mailänder Scala.** In diesen Tagen ging in der Mailänder Scala Wagners "Parfisa" zum erstenmal in Szene. Mit Bassi, Gelef, de Angelis und der Wildbrunn hatten die Hauptrollen eine erstaunliche Begeisterung gefunden. Die Begeisterung, mit der das Werk trotz einer Länge, die an das Aufnahmevermögen eines italienischen Opern-Publikums die denkbare höchste Anforderungen stellt, bejubelt wurde, findet in den Kritiken der Mailänder Presse ihren Nachhall. Das italienische Publikum hat Wagners Bühnenweisheit zwar schon im Jahre 1914 kennen gelernt, damals handelte es sich indes nur um eine gefügte und teilweise verstümmelte Wiederholung, während der "Parfisa" bei seinem Wiedererscheinen in der Scala in einer Aufführung dargeboten wurde, die auch nicht eine Note der Paritur unterschlug. "Nach dem ersten Akt fügt sich", so erzählt der Kritiker eines Mailänder Blattes, "das Publikum in die Hörens, von dem Wunsche begleitet, sich einen Augenblick von dem Bann zu erholen, dem es widerstandlos erlegen war: dem Bann einer überirdischen Schönheit. Eine Stunde 50 Minuten hatte der erste Akt gedauert, Zeit genug, um auch den brennendsten Durst eines Opernfreundes zu stillen. Aber keiner hatte die Minuten gezählt, denn dieser erste Akt wie der ganze Parfisa ist ein einziges großes Wunder. Der zweite Akt ist der fürzeste. Er dauerte nur eine Stunde 15 Minuten. Aber im dritten Akt hat sich der Komponist schadlos gehalten; man kennt ja die Legende, nach der Wagner, wenn er am Parfisa arbeitete, keine Uhr in seiner Nähe duldet. Wenn die Engländer sagen: "Zeit ist Geld", so sagt Wagner damals: "Zeit ist Müll", und die Zeit kennt ja keine Grenzen. Was soll ich von dem Werke, was von der Aufführung sagen? Ich fasse den Eindruck in die Worte zusammen, daß die Aufführung der "Scala" der großen Vergangenheit des berühmten Hauses würdig war. Mit einer Andacht, die kein lautes Zeiden des Beifalls störte, lauschte das Publikum dieser weihvollen Offenbarung, die auch die unverhofften Längen des Werkes über die Schönheit des Ganzen vergessen ließ."

Verhandlungen mit Frankreich eine besondere politische Bedeutung bei.

Die Neutralisierung der Alandsinseln. Der bänische Außenminister benachrichtigte den Generalsekretär des Völkerbundes, daß der König die Ratifikation aufzunehmen zu dem am 20. Oktober 1921 in Genf unterzeichneten Abkommen über die Neutralisierung der Alandsinseln unterzeichnet hat.

## Republik Polen.

† Religionswechsel in der polnischen Armee. Der evangelische Kriegsrat in Warschau hat, der „Gaz. Warsz.“ zufolge, festgestellt, daß in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von Religionsübertreten durch Militärpersönlichen erfolgten. Der Grund sind meist Scheidungsabsichten. Aus diesem Grunde hat sich der Rat an die evangelischen Militärpastoren gewandt und sie erfuhr, vor der Annahme von Militärpersönlichen zum evangelischen Glaubensbekenntnis jedesmal die Meinung des Rates einzuhören.

† Die Bekämpfung des Milzbrandes. Das Landwirtschaftsministerium teilt mit: Im Laufe des Novembers v. J. ist in 28 Ortschaften der Milzbrand erloschen und 8 neue Fälle sind zu verzeichnen gew. Die Gesamtzahl der vom Milzbrand befallenen Ortschaften betrug in diesem Monat 62; die Anzahl der frakten und der Seuche verdächtigen Tiere 58; getötet wurden 24, der Seuche erlegen sind 21, wieder gesund geworden 6, geimpft 4815 Tiere, davon mit Hilfe des Serum 836 und mit Hilfe einer Kombinationsmethode 3979. — Vom Anfang des Ausbruchs der Seuche bis zum 1. Dezember v. J. wurden 13.058 Krankheitsfälle verzeichnet; getötet wurden 5562, der Seuche erlagen 5183, geimpft wurden mit dem Serum 48.689 und mit Hilfe der Kombinationsmethode 12.997 Objekte. — Die Milzbrandepidemie, welche eine längere Zeit hindurch unseren Sanitätsbehörden große Sorge bereitete, ist vollkommen erloschen. Aus diesem Grunde hat das Landwirtschaftsministerium vom 1. Januar ab die zweck Sichergung der östlichen Gebiete vor dieser Krankheit festgesetzte Milzbrandzone zwischen den östlichen Gebieten Polens und dem übrigen Polen aufgehoben.

† Die Lodzer Industrie. Der „Kurier Lódzki“ schreibt: In der letzten Woche trafen in Lodz Kaufleute aus Wilna, Równo und Lemberg ein, die größere Ankäufe in Weißwaren, besseren Kammgarnen und anderen Textilwaren machen. In Verbindung hiermit macht sich eine kleine Belebung des Handels bemerkbar. — Dasselbe Blatt schreibt weiter: Nach einer Statistik des Verbandes der Industriellen über die in Betrieb gesetzten Arbeitsverhältnisse in der Baumwollindustrie befinden sich schon 87 Prozent dieser Werksstätten in Tätigkeit; in der Wollindustrie arbeiten 56 Prozent aller Werksstätten.

## Deutsches Reich.

\*\* Die Forderungen der Beamten. Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Der Deutsche Beamtenbund hat in der Verfolgung des Beschlusses seines Vorstandes vom 14. Januar am 16. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter der Beamten als notwendige Folge der Auswirkungen des neuen Steuertariffs verlangt wird. Außerdem wird eine weitere Erhöhung des Steuertariffs u. s. w. für die ersten Einkommenselemente zum Ausbau des sozialen Prinzips notwendig, wobei wenigstens eine Verdopplung des von der Regierung in Aussicht genommenen Betrages von 2000 M. in Frage kommen müßte. Diese Forderung ist schon im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß seit der letzten Besoldungs erhöhung allein die Reichsteuerungsstatistik eine Steigerung von 87 Prozent aufweist und weitere Preissteigerungen des Preises um 75 Prozent bevorstehen. Die wirtschaftlich Schwächeren, Dictate, Beamten im Vorbereitungsdienst, Aufgegängen und Wartegeldempfänger, sowie Beamtenhinterbliebenen sind in vollem Umfang mit zu berücksichtigen.

\*\* Neue Verbote der Rheinlandkommission. Die Internationale Rheinlandkommission hat jede Kundgebung und sonstige Feierlichkeiten am Gründungstage des Deutschen Reiches im besetzten Gebiet verboten. Ferner hat die Internationale Rheinlandkommission den Vertrieb der nachfolgenden Bücher im besetzten Gebiet verboten: Horst Wilmann, der Nameloser, von Reinhold Schröder, erschienen im Universitätsverlag in München, sowie die Broschüren „Geschändete deutsche Frauen“, herausgegeben von den Leipziger Graphischen Werkten.

\*\* Ein Handelsinstitut für den Osten und Rußland in Königsberg. In Königsberg ist ein „Ökonomisches Institut für die Beziehungen zu Rußland und den Grenzstaaten“ gegründet worden; dieses Institut soll die Rolle des wirtschaftlichen Zentrums für die Handelsbeziehungen mit Polen und Rußland spielen.

## Aus der polnischen Presse.

Klagen aus Wolhynien. Der „Robotnik“ schreibt: In Wolhynien herrschen ganz eigenartige Verhältnisse und sind ganz eigenartige Leute anzutreffen. So führt z. B. die Lehrerschaft des Koweler Kreises unausgesetzt Klagen über den Schulinspektor, Herrn Hawrot. Zu einem Lehrer rechtgläubigen Beamten, der um eine Anstellung bat, sagte Herr Hawrot: „Ich werde Sie anstellen, wenn Sie zum Katholizismus übertritt.“ Die Tätigkeit des Herrn Hawrot wird am besten dadurch charakterisiert, daß dieser „Pädagoge“, wie dies in einer von 80 Lehrern unterschriebenen Beschwerde an das Ministerium hervorgehoben wurde, im Laufe einer Woche 30 Personen ohne Einleitung des Disziplinarverfahrens und ohne irgendwelche Gründe versetzt oder entlassen hat. Noch einige Worte über das Verhalten der örtlichen Behörden. Der Koweler Kreis, insbesondere der Strohodzirzen, ist wirtschaftlich gänzlich vernichtet. Die ukrainische Gesellschaft nimmt sich des Sojus der hungernden Waisenkindern an und errichtet Heime für sie. Diese wohltätige Wirtschaft findet aber bei der Koweler Staroste keinerlei Unterstützung. Im Gegenteil, die Staroste verbietet die Veranstaltung einer Strahlensammlung zugunsten einer Weihnachtsfeier für diese Kinder. Als Weihnachtsfeier von Seiten der Behörde erschien kurz vor den Feiertagen die Entscheidung des Wojewodschaftsgerichts in Wolhynien, wonach die Bestätigung der Vereinigung ukrainischer kultureller Organisationen in Wolhynien auf Grund des Art. 18 der Verfügung des ehemaligen Kommissars für die Ostgebiete abgelehnt wurde.

## Sonat- u. Provinzialzeitung.

Poznan, 19. Januar.

### Minister Lopuszanski über Schulfragen der Minderheiten.

Der Bildungsminister für Religions- und Wissenschaftsangelegenheiten, Lopuszanski, erklärte in einem Interview dem Vertreter des „Kurier Warszawski“, daß das Ministerium für Religionsangelegenheiten die jüdischen Wünsche betrifft, Schaffung von Vorbereitungss- und Mittelschulen, sowie die Wünsche anderer Gruppen im günstigen Sinne berücksichtigen wird.

Die Deutschen sind nicht nur nach dem Wortlaut der Verfassung, sondern auch in der Praxis in bezug auf das Schulwesen mit den Bürgern polnischer Nationalität gleichberechtigt. In Gegenden, in denen sich mindestens 40 deutsche schulpflichtige Kinder befinden, haben die Schulbehörden öffentliche deutsche Schulen eingerichtet. Im ehemaligen Kongresspolen bestehen über 800 öffentliche deutsche Schulen. Die Zahl der deutschen Mittelschulen ist nicht beträchtlich, da die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität Privatschulen bevorzugten.

### Lehrer-Augehälter.

Das Schulkuratorium in Poznan hat an alle im Rückstand lebenden Lehrer sowie an Witwen und Waisen von Volksschullehrern ein Kunstschriften verlost, in dem um die sofortige Einwendung von Bescheinigungen gebeten wird, die die Voraussetzung für die Regelung von Augehältern sowie Witwen- und Waisengeldern bilden. In Zweifelsfällen könne man sich an den zuständigen Schulinspektor wenden.

# Herausgabe eines Verzeichnisses der Apotheken Polens. Das polnische Gesundheitsministerium beabsichtigt, ein Verzeichnis der Apotheken Polens und ihres Personals herauszugeben. Zu diesem Zwecke ist es an alle Apotheken herangetreten, um von diesen entsprechende Angaben zu erhalten. Die Gesundheitsämter der Woiwodschaften sind verpflichtet, die ausgefüllten Fragebögen nach Ablauf des 31. Januar vor dem Ablauf eines Monats an das Ministerium zu senden.

# Volksbüchlich-wissenschaftliche Vorträge. Herr Generalsuperintendent Dr. Blau beginnt am Freitag, dem 20. Januar abends 6 Uhr wieder seine Vorträge über den Wahrheitsanspruch der Bibel. Die Vorlesung von Herrn Studienassessor Behrend, die Donnerstag von 7—8 Uhr stattfinden soll, wird mit Rückicht auf den heute stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. Schmidt-Effen auf Freitag abend von 7—8 Uhr verlegt.

# Vortrag über moderne Währungsfragen. Auf den Vortrag des Dr. Schmidt-Effen, der heute in der Aula des Deutschen Gymnasiums stattfindet, sei noch einmal empfehlend hingewiesen. Eintrittskarten an der Abendkasse.

# Deutscher Theaterverein. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß heute (Freitag, 20. Januar) abends 8 Uhr noch einmal der beliebte Schwank „Hans Hudebein“ von Blumenthal und Kielburg im großen Saal des Zoo-ogischen Gartens gespielt wird. Siehe Anzeigeteil.

# Konzert Jan Majerski. Am Montag abend fand im Saal des Evangelischen Vereinshauses ein Konzert statt, das Gelehrtheit und einen Sänger ungewöhnlichen Gaben kennenzulernen. Herr Majerski, früher Heldentenor der Großen Oper in Paris, hat ein Organ von sechs Tönen und ungewöhnlichem Wohlklang und verbindet in seiner Stimme Glanz und eherne Wucht mit einer für einen Helden tenor nicht ganz gewöhnlichen Weichheit und Viegelamkeit. Der Sänger zudem sehr lebendig und wirkungsvoll — wenn auch nicht sehr in die Tiefe gehend — verträgt, hatte er einen ganz gewaltigen Tröpfel, wurde von den Zuhörern geradezu umjubelt und mußte eine Zugabe nach der andern singen. Auf seinem etwas bunten Programm standen polnische, französische und italienische Arien und Lieder und drei Bruchstücke aus Wagneropern (das Siebte aus der Walküre, Lohengins Gralszählung und das Gebet aus „Rienzi“). Unter den Zugaben trugen die Bajazzotrie „Lache, Bajazzo“, ein Krakowia und — als allerlettet — ein kroatisches Volkslied. Den Sänger besonders starken Beifall ein. Herr Professor M. I. Jaworski war ihm am Flügel ein ausgezeichneter Begleiter. v.l.

# Konzert Lotte Leonard. Die Bischöfängerin Lotte Leonard, die übermorgen, Sonnabend, auf Veranlassung des Deutschenbundes ein Konzert im Saal des Evangelischen Vereinshauses veranstaltet, wird ein Programm aufführen, das Lieder von Robert Schumann, Werner Wolff, Richard Strauss und Johannes Brahms enthalten wird. Professor Bergmann aus Bromberg hat die Begeleitung übernommen und wird einige Solostücke für Klavier vortragen. Eintrittskarten zum Preis von 300, 200 und 100 M. sind zu der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben.

# Künstlerische Volksküche. Die Ziegelmühle Joachim Marowsky, die im Auftrage des Deutschbundes in Poznan und in der Provinz deutsche Volksküche aufführt, hat bereits außer Poznan in den Städten Breslau, Rogatyn, Oboz, Gnesen, Schröda, Wohlstein, Radibor mit großem Erfolg gastiert. Die Art ihres Spiels, ihre Inszenierung mit einfachsten Mitteln, bei künstlerischer Abtonung der Farben und Stimmung der Gewänder auf bestimmte Farben, bei ihrer wirkungsvollen Mimik und der großen Ausdrucksfähigkeit ihrer Bewegungen hat sich die Truppe fast ausnahmslos begeisterten Beifalls erfreut. Es ist hier im einfachsten Rahmen wirklich edle eindrucksvolle Volkskunst geboten worden, und es darf mit Recht an den Fortgang der Spiele in der Provinz und in unserer Stadt gute Erwartung gefügt werden. Die Spielgruppe wird demnächst in Poznan eine Aufführung besonders dramatischer Hans-Sachs-Spiele veranstalten, die in der Provinz überall von durchschlagendstem Erfolg gewesen sind.

# Uhrendiebstahl. Aus einer verlorenen Wohnung des Hauses ul. Rzeczypospolitej 5 (Fr. Lindner) wurde eine glatte goldene Hertenuhr 14 karätig. Stempel 585/56 im Werte von 80.000 M. gestohlen.

# Schröda, 18. Januar. Hier stand vorgestern in Schneider's Gasthof unter reger Beteiligung der deutschen Bevölkerung eine Aufführung der Hans-Sachs-Spiele durch die Spielgemeinde Joachim Marowsky statt. Bei dem glänzenden Spiel

herrschte durchweg fröhliche Stimmung. Der anliegende Großgrundbesitz hatte sich fast ausnahmslos an der Veranstaltung des Deutschenbundes beteiligt und begrüßte dankbar diese erste größere deutsche Veranstaltung.

■ Dößitz, 18. Januar. Ein nachahmenswertes Beispiel gab die heilige deutsche Bevölkerung. Unter Führung des Besitzers Kleiböder fand sich ein Chor Empfänger und Kinder zusammen, die in richtiger Einschätzung der Pflege deutscher Kultur einen Gesangverein gründeten und in dessen Rahmen eine schöne, von bestem Erfolg gekrönte Aufführung veranstalteten.

■ Rawitsch, 18. Januar. Mit dem gestrigen Tage erfolgte die Übergabe der Geschichte der bisherigen kommunalen Polizei in die Hände der Staatspolizei. Die bisherigen Stadtwachtmeister sind in die Staatspolizei übernommen, bleiben jedoch nicht hier am Ort, sondern erhalten demnächst ihre Versetzung.

### Ans Kongresspolen und Galizien.

\* Warschau, 17. Januar. Der jetzt aus Paris zurückgekehrte Oberbefehlshaber des Warschauer Militärbezirkes Kuliński hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem er es den Offizieren seines Bezirkes untersagt, die in den Tagen, wie Vorort Chmielnik und Oneilev zu tanzen, die nirgends so „unsohn“ getanzt würden wie in Warschau. Er ratet den Offizieren zu den alten polnischen Tänzen wie z. B. dem Mazur, zurückzukehren. — In der Nacht zum Donnerstag feierte im Hause Walcomstraße Nr. 7 die 28jährige Xenia Wencławiew auf der 27-jährigen Feliz Wenzel, Vorständen des Berufsverbandes der Angestellten der Gasweile, einen Schatz ab, worauf sie sich zwei Elegie in den Kopf setzte. Die W. lebte getrennt von ihrem Mann. Sie unterhielt mit Wenzel ein Liebesverhältnis, das W. in letzter Zeit zu denken suchte. Frau W. wollte jedoch von ihrem Geliebten nicht lassen und drohte, ihn und sich zu töten. Diese Drohung hat sie nun in Erfüllung gebracht. Frau W. starb im Hospital, während Wenzel in seiner Wohnung der tödlichen Schußwunde erlag.

\* Warschau, 17. Januar. Der hier wohnende Chaim Pitkiewicz ließ auf der Fahrt nach Dößitz im Begriffe seiner Aktentasche mit 400.000 Mark Bargeld und Wertpapieren auf die Summe von einer Million Mark im Gewäschkasten liegen. Als er seinen Berlin bemerkte, begab er sich schnellst zum Bahnhof zurück; die Tasche war jedoch verschwunden.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	19. Januar	17. Januar
Bank Bielsku I.—IX. Em.	—	220 +
Bank Handl., Bielsku I.—VIII. Em.	360 + A	360 + A
Pozn. Bank Bielski I.—III. Em.	240 + A	235 + N
Króleci, Potocki i Sta. I.—VI. Em.	—	145 + A
N. Barcelonki I.—V. Em.	145 + A	145 + A
Centrala Stör I.—IV. Em.	223 + A	220 + N
Pozn. Störka Drzewna I.—IV. Em.	490 + N	490 + N
Wymorna Chemicza I.—II. Em.	180 +	180 + A
III. Em.	155 + N	155 + A
Hurtownia Drogerjyna	130 + N	135 + N
Dr. Roman Man I.—IV. Em.	440 + A	440 + A
Cielesiaki I.—VII. Em.	—	175 + N
Patra	—	410 + N
Urbak	—	660 + N
C. Hartwig I.—IV. Em.	310 + N	310 + A

Auszahlung Berlin-Danzig 16.90—16.75.

\* Deutsche Mark war 16,50 + A

Inoffizielle Kurse:	Bank Poznański	Bank Przemysłowski	—
Bank Poznański	200 + A	200 + N	—
Bank Przemysłowski	180 + N	180 + N	—
Iri.	—	825 +	—
Benzli	460—465 + A	460 + A	—
Orient	195 +	195—90 + N	—
Sarmatia	445—450 + A	440 + N	—
Hurtownia Stör II. Em.	210 + N	210 + N	—
Hartwig Kandrowicz	49 + N	490 + N	—
Kabel	135 + N	—	—
Papierna Bydgoszcz	190 +	185 + N	—
Wojzno Otwocko	—	—	—
Wiel. Huta Niedzi.	270—280 + N	—	—
Bneumatis	140 +	140 + N	—
Dom Koniecpolski	330 +	—	—
Herzfeld-Viktoria	270 + A	—	—

= Danzig 19. Januar. Auf der genannten Börse wurden folgende Noten amtlich notiert: Polnische Noten 6 22½, Dollar 187, Pfund Sterling 795.

### Wetterbericht

unseres Wetterberichtsverlages vom 19. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

Gebiet	Temperatur in °Cels.
--------	-------------------------

